

# Nachhaltiges grenzüberschreitendes Siedlungsflächenmanagement - Erfahrungen und Hintergründe zu dem Kooperationsprojekt Raum+

Dirk SEIDEMANN

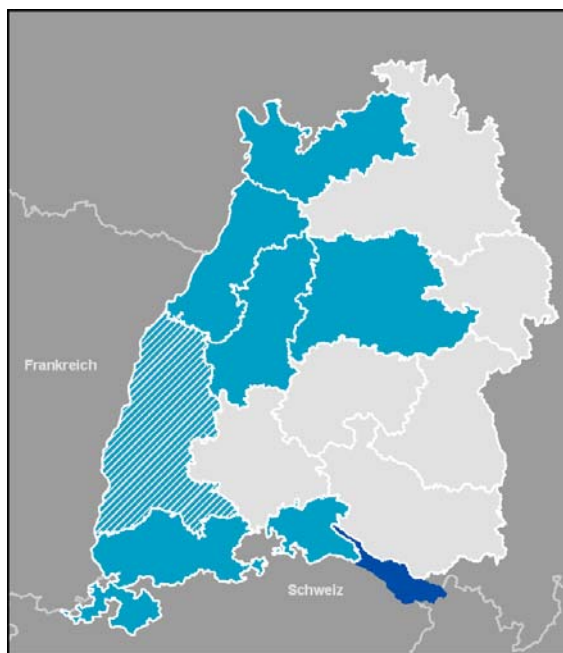
Dipl.-Ing. Dirk Seidemann, Universität Karlsruhe, Institut für Städtebau und Landesplanung, Otto-Ammann-Platz 1, 76131  
Karlsruhe, seidemann@isl.uni-karlsruhe.de

## 1 EINLEITUNG

Im vorliegenden Artikel soll das sich derzeit (Frühjahr 2007) in Bearbeitung befindliche Kooperationsprojekt Raum+ vorgestellt werden und auf zentrale Punkte des Projektes eingegangen werden, wie den grenzüberschreitenden Ansatz sowie die Notwendigkeit und Umsetzung einer „Übersicht“ als Grundlage für ein erfolgreiches Siedlungsflächenmanagement. Das Projekt wurde im Herbst 2007 gestartet und soll im Herbst 2008 abgeschlossen sein.

Projektpartner sind das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium Baden Württemberg, der Verband Region Rhein-Neckar, die Regionalverbände Mittlerer Oberrhein, Nordschwarzwald, Südlicher Oberrhein, Hochrhein-Bodensee, der Verband Region Stuttgart und das Kanton Basel-Landschaft. Die wissenschaftliche Bearbeitung übernehmen das Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung, Professur für Raumentwicklung der ETH Zürich als Leadpartner und das Institut für Städtebau und Landesplanung der Universität Karlsruhe (TH).

Im Rahmen des Projektes soll eine belastbare Grundlage für die Diskussion und Anpassung der derzeit existierenden Herangehensweisen, Planungsinstrumente und Fördermechanismen für ein nachhaltiges Siedlungsflächenmanagement geschaffen werden. Dazu haben sich die Kooperationspartner des Projektes Raum+ das Ziel vorgegeben, eine belastbare und fortschreibungsfähige Übersicht über Siedlungsflächenpotenziale im Innen- wie im Außenbereich Regions- und Nationalgrenzen überschreitend zu erarbeiten. Aufbauend auf den Erkenntnissen des Modellvorhabens der Raumordnung „Nachhaltiges regionales Siedlungsflächenmanagement in der Region Stuttgart“ (MORO-RESIM) soll über Ersterhebungsgespräche und eine fortschreibungsfähige internetbasierte Informationsplattform eine solche Übersicht in vier baden-württembergischen Regionen und dem Schweizer Kanton Basel Landschaft erarbeitet werden. Des Weiteren sollen Erkenntnisse über die Fortschreibung einer solchen Übersicht und notwendige flankierende Maßnahmen für die Unterstützung der Kommunen seitens der Region im Rahmen des Kompetenzzentrums Flächenmanagement in der Region Stuttgart gewonnen werden.



Grafik 1: Projektpartner und räumlicher Umgriff des Projektes Raum+ (Eigene Darstellung)

## 2 RAHMENBEDINGUNGEN

Die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme ist ein ausgemachtes Ziel aller Planungsebenen in Deutschland, aber auch in der Schweiz. In Deutschland hat die Bundesregierung auf Bundesebene in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel der Senkung der bundesweiten Neuinanspruchnahme von Boden zu Siedlungszwecken von ca. 100 ha pro Tag auf 30 ha pro Tag bis ins Jahr 2020 definiert [BUND 2004]. Im Landesentwicklungsplan 2002 des Bundeslandes Baden-Württemberg ist unter anderem die Strategie „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ als Ziel festgelegt. Auch auf der regionalen Ebene wird diese Strategie zum Beispiel im aktuellen Regionalplan des Regionalverbandes Nordschwarzwald als Ziel geführt. In der Schweiz sind in den formalen Planwerken ähnliche Ansätze vorhanden. Der haushälterische Umgang mit dem Boden ist im Artikel 1 des Bundesgesetzes über die Raumplanung festgelegt [EIDG 2006]. Auch findet sich als Konsequenz auf der Schweizer Bundesebene „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ in den „Strategien der Raumordnung Schweiz“ [ARE 1996] wieder. Ein Planungsgrundsatz des kantonalen Richtplans des Kantons Basel-Landschaft ist die Siedlungsentwicklung nach Innen.

Die konkrete Umsetzung des Ziels der bevorzugten Innenentwicklung kann aufgrund der kommunalen Planungshoheit in beiden Staaten nur auf kommunaler Ebene erfolgen. Die Entscheidung in welchem Maße und für welche Zwecke Siedlungsfläche neu ausgewiesen werden soll, entscheidet schlussendlich jede Kommune selbst. Viele Kommunen sind schon im Bereich der Innenentwicklung aktiv und haben darin teilweise auch große Erfolge. So war in den meisten Kommunen, die im Rahmen des Projektes MORO RESIM erhoben wurden, schon auf die eine oder andere Weise das Thema der Innenentwicklung bearbeitet worden, sei es über Projekte im Rahmen des Landessanierungsprogramms, über Ortsentwicklungspläne, regelmäßig fortgeschriebene Baulückenkataster, über die regelmäßig der Gemeinderat informiert wird, oder „nur“ durch die Erkenntnis und das persönliche Engagement von Bürgermeistern. Ein Ergebnis dieser Gespräche mit den Planern und Bürgermeistern vor Ort war aber gerade, dass es gewisse Hürden für die im Flächenmanagement aktiven Kommunen gibt, die Teils politischer Natur, teils auch technischer und finanzieller Natur sind und bei denen die Unterstützung seitens der Regionen und des Landes hilfreich sein könnte. Hierbei sind zu nennen:

- Für die Schwerpunktsetzung auf Innenentwicklung sind in den Gemeindegremien meist schwerer Mehrheiten zu finden, als für Projekte auf der grünen Wiese, von denen sich die Kommune auch Einnahmen für den kommunalen Haushalt und den Zuzug von jungen Familien verspricht.
- Der planerische Aufwand der sich mit Innenentwicklung verbindet, überfordert insbesondere kleinere Kommunen, da nicht entsprechende personelle Ressourcen vorhanden sind.
- Die finanziellen Mehrbelastungen und Risiken, die sich mit vielen Innenentwicklungsprojekten verbinden, werden gescheut und sind oft gerade für kleinere Gemeinden schwer zu schultern.
- Es kommt oft zu Konkurrenzsituationen zwischen benachbarten Kommunen, die zu vermehrten Ausweisungen führen können. Diese Konkurrenzsituationen verschärfen sich, wenn unterschiedliche Genehmigungsbehörden mit unterschiedlichen Maßstäben für benachbarte Kommunen zuständig sind. Dies kann innerhalb einer Region<sup>59</sup>, aber natürlich gerade auch an Regionsgrenzen der Fall sein.

Damit wird ersichtlich, dass es zusätzlicher flankierender Maßnahmen seitens der Regionen und Bundesländer bzw. Kantone bedarf. Um diese Unterstützung zielgerichtet anbieten zu können, bedarf es jedoch belastbarer Grundlagen, die die Bedürfnisse der Kommunen, die Problembereiche, aber auch Chancen klar darstellen können, welche für die Innenentwicklung maßgeblich sind.

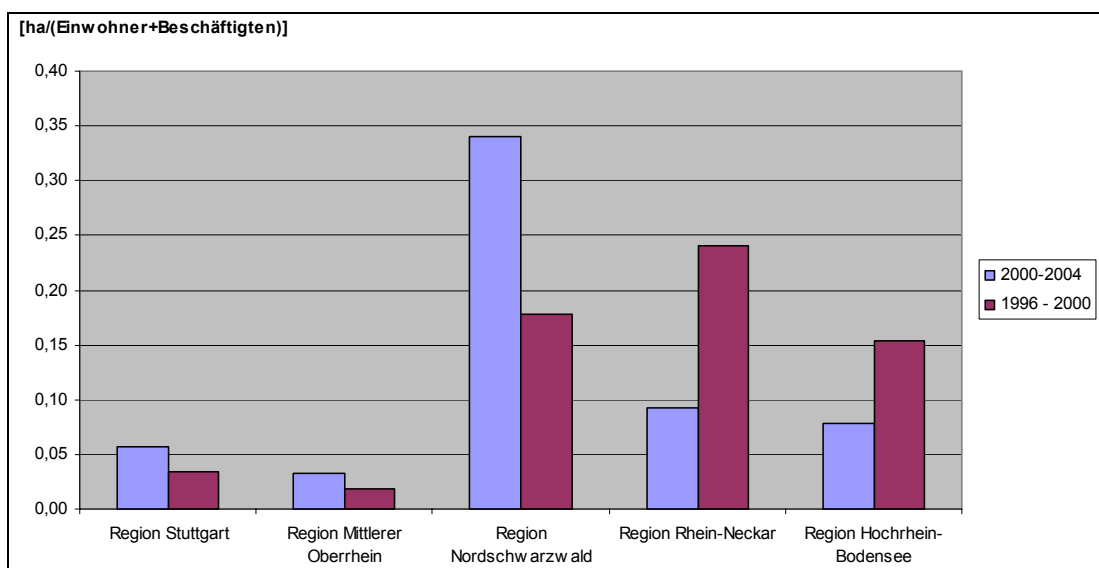
## 3 GRENZÜBERSCHREITENDE KOORDINATION IM FLÄCHENMANAGEMENT

Eine wichtige Erkenntnis im Vorfeld des Projektes Raum+ war, dass für ein erfolgreiches regionales Flächenmanagement die grenzüberschreitende Koordination der Siedlungsentwicklung ein zentraler Bestandteil ist. Dass ein regionales und auch kommunales Flächenmanagement mit den existierenden Instrumenten und Verfahren, in Prinzip möglich wäre, war ein Ergebnis der im Rahmen des Projekts MORO-RESIM durchgeführten Workshops mit Experten und Vertretern aus den Raumschaften. Einzig eine klarere Handhabung der gesetzlich gegebenen Möglichkeiten wäre dazu notwendig. In der politischen

---

<sup>59</sup> Region bedeutet hier Verbandsgebiet eines Regionalverbandes bzw. Gebiet eines Kantons.

Diskussion in den Regionen über die Umsetzung der Schwerpunktsetzung auf Innenentwicklung seitens der Kommunen und der Regionalverbände wird oft das Argument der Konkurrenz mit den benachbarten Regionen und der, gerade in den Grenzbereichen herrschenden Konkurrenz dazu herangezogen, nicht so strikt wie es möglich wäre, diese Mittel auszuschöpfen. Die Vermutung, dass es tatsächlich unterschiedliche Handhabungen bezüglich der Steuerung der Siedlungsentwicklung in verschiedenen Regionen gibt, kommt auf, wenn man die Entwicklung der Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in verschiedenen Regionen bezogen auf die Einwohner und Erwerbstätigenentwicklung betrachtet. In Grafik 2 sieht man signifikante Unterschiede zwischen den Regionen. So kann in der Region Nordschwarzwald ein bis zu siebenfacher Wert im Vergleich zu den Nachbarregionen Mittlerer Oberrhein und Stuttgart festgestellt werden. Statistische Auswertungen können also diese Vermutung nicht entkräften, dass es tatsächlich unterschiedliche Handhabungen in den Regionen geben könnte. Dies lässt sich jedoch nicht mit Bestimmtheit sagen, aufgrund der Aggregiertheit der vorliegenden statistischen Daten und unterschiedlicher Entwicklungsdynamiken in den Räumen.



Grafik 2: Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Summe der Einwohner- und Beschäftigtenentwicklung (Eigene Bearbeitung auf Grundlage von Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg)

Um diese Diskussion auf eine materielle Basis stellen zu können und die notwendigen flankierenden Maßnahmen auf Regions- und Landesebene bestimmen und umsetzen zu können, ist also gerade das Wissen um die Verteilung, Quantität und Struktur der Siedlungsflächenreserven von grundlegender Bedeutung.

Der im Projekt Raum+ umgesetzte nationale Grenzen überschreitende Ansatz und im speziellen die Einbeziehung eines Schweizer Kantons bei der Erstellung einer Übersicht über Siedlungsflächenpotenziale hat darüber hinaus folgende methodische Hintergründe. Die für das Projekt Raum+ auf Grundlage der Arbeiten in dem Vorgängerprojekte MORO-RESIM entwickelte Vorgehensweise kann bei der Anwendung in einem vom deutschen, beziehungsweise baden-württembergischen „Planungssystem“ unterschiedlichen System auf ihre Robustheit getestet werden. Dies gilt einerseits für die Ergebnisse der Erhebungen, andererseits auch für das methodische Vorgehen. Der dezentrale und kooperative Ansatz in der Zusammenarbeit Region/Gemeinde kann hier unter veränderten Rahmenbedingungen getestet werden. Auch hinsichtlich der Bedeutung und der Möglichkeiten der Landesebene ist das Labor „Schweizer Kanton“ von Interesse, da man dieses ja vom räumlichen Zuschnitt mit einer baden-württembergischen Region, von den Kompetenzen her aber auch mit einem deutschen Bundesland vergleichen kann.

Das dazu im Projekt beteiligte Kanton Basel-Landschaft bildet darüber hinaus am Hochrhein zusammen mit den angrenzenden Teilen des Regionalverbandes Hochrhein-Bodensee einen funktional zusammenhängenden Raum, einen Teil der trinationalen Agglomeration Basel. Hierbei sind gerade die Muster der Siedlungsflächenpotenziale und deren räumliche Verteilung über Nationalgrenzen hinweg von großem Interesse, nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Arbeit der regionalen Vertreter in diesem Raum.

#### **4 ÜBERSICHTEN ÜBER SIEDLUNGS-FLÄCHENPOTENZIALE IN DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ**

Das derzeit in Deutschland praktizierte Monitoring der Bauleitplanung allein erlaubt die aggregierte Erfassung der Siedlungsflächenentwicklung im Außenbereich. Über die Siedlungs- und Verkehrsfläche samt Unterkategorien wird deutschlandweit auf Gemeindeebene die Neuinanspruchnahme von Fläche für Siedlungszwecke dargestellt. Wie viel Fläche im Bestand umgenutzt wird und welche Reserven im Innern der Städte- und Gemeinden zur Verfügung stehen, ist weder flächenbezogen noch summarisch bekannt. Ein Indikator, der Rückschlüsse auf die Entwicklungen im Bestand zulässt, ist in Deutschland nicht vorhanden.

Grobe Aussagen lassen sich höchstens über die Entwicklung des Wohnungsbestandes und der für Wohnzwecke verbrauchten Siedlungs- und Verkehrsfläche zusammen mit durchschnittlichen Dichtewerten erstellen. Damit kann also in Deutschland hierbei nur über meist sehr unscharfe Abschätzungen argumentiert werden. Aus der Region Frankfurt ist bekannt, dass in den 90ern, die dortige Wohnflächenentwicklung zur Hälfte im Bestand stattgefunden haben muss. In den Regionen Baden-Württembergs wurden bei einer informellen Umfrage Werte zwischen 30 und 60 Prozent genannt.

In der Schweiz gibt es mit der Bauzonenstatistik ein detaillierteres Instrument im Rahmen der Raumb Beobachtung zur Ermittlung der Reserven innerhalb der Bauzonen<sup>60</sup>, zu welcher die Kantone gesetzlich verpflichtet sind. Ziel seitens des Schweizer Bundes ist es damit erstmals Mitte 2007 und ab dann im 5-Jahresrhythmus die „Bauzonenstatistik Schweiz“ [ARE 2006] herauszugeben.

Unter anderem erfasst im Schweizer Kanton Basel-Landschaft die dortige Raumb Beobachtung dazu im 5-Jahres-Rhythmus (erstmals im Jahr 2000) unter anderen alle Flächen der Kommunen, welche noch nicht überbaut sind, aber in den Zonenplänen für eine Bebauung zulässig wären. Dazu erstellt das Kanton Basel-Landschaft in diesem Rahmen eine Übersicht über den „Stand der Überbauung, der Erschliessung und der Baureife gemäss Artikel 31 RPV“ [BL 2006]. Die Grundlage hierfür ist die Raumplanungsverordnung des Bundes vom 28. Juni 2000 (RPV), diese verlangt in Art. 31 Abs. 1 vom Gemeinwesen die Erstellung einer Übersicht über den Stand der Erschliessung.

Folgende Inhalte werden hierbei erwartet[BL 2004]:

- Übersicht über die Erschliessungssituation im Baugebiet
- Übersicht über die baureifen Bauzonenteile
- Übersicht über Bauzonenteile, welche voraussichtlich in fünf Jahren baureif werden
- Verfolgung der baulichen Entwicklung
- Ermittlung der Nutzungsreserven im Baugebiet

In der Umsetzung im Kanton Basel Landschaft werden hierfür folgende Datensätze aufbereitet:

- Stand Erschliessung Wasser, Abwasser, Strasse
- Notwendige Massnahmen Raumplanung (zur Erlangung der Baureife)
- Notwendige Massnahmen Lärmschutz (zur Erlangung der Baureife)
- Notwendige Massnahmen Landumlegung (zur Erlangung der Baureife)
- Zeitliche Planung der Gemeinde zur Erlangung der Baureife
- Stand der Überbauung

Mit diesem Vorgehen liegen also im Kanton Basel Landschaft mit zeitlichen Horizonten versehen für jede Gemeinde des Kantons die baulichen Reserven auf denjenigen Grundstücken vor, die nicht überbaut sind. Jedoch fehlen hierbei diejenigen Siedlungsflächenreserven, die schon überbaut sind, aber brachgefallen, unternutzt sind, beziehungsweise eine Umnutzung möglich ist.

---

<sup>60</sup> Bauzonen sind die Bereiche innerhalb der Gemeinden in denen Siedlungstätigkeit zugelassen ist. Der dazu zu zugrundeliegende Nutzungsplan (i.d.R. Zonenplan) ist mit der deutschen Bauleitplanung vergleichbar, wobei in der Schweiz parzellenscharfe Festlegung von Art und Maß der Nutzung, sowie die gemeindeweite Definition von Siedlungs- und Nichtsiedlungsgebieten innerhalb eines Planes, dem Bauzonenplan, geschieht.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass trotz der existierenden Grundlagen es sowohl in Deutschland, wie auch in der Schweiz schwierig ist, die notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Förderpolitik und der Infrastrukturplanung, auf die Anforderungen der inneren Entwicklung der Kommunen vorausschauend abzustimmen. Dazu sind erstens das Entwicklungspotenzial innerhalb der bebauten Gebiete der Kommunen nicht ausreichend bekannt, wie auch eventuelle Hinderungsgründe, warum auf den Flächen im Innenbereich keine Entwicklung möglich ist.

## 5 DAS PROJEKT RAUM+

### 5.1 Übersicht über Siedlungsflächenpotenziale

Für die erfolgreiche Entwicklung und Umsetzung einer Strategie [SCHOLL 2005], wie „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ auf kommunaler aber auch auf regionaler und überregionaler Ebene, bedarf es als Grundlage einer Übersicht über die Möglichkeiten für Siedlungsentwicklung im Inneren der Gemeinden und Städte. Die Aufgabe zur Siedlungsentwicklung in den vergangenen Jahrzehnten war im Wesentlichen davon geprägt, neue Siedlungsflächen im Außenbereich zu erschließen, was in der Regel wenigen großen Entwicklungsvorhaben gleich kam. Bei Wechsel Schwerpunktsetzung auf Innenentwicklung ändert sich auch der Maßstab von größeren Vorhaben auf kleinteilige Sammelsurien verschiedener Möglichkeiten und Problemlagen. Dies kann in kleineren Kommunen gegebenenfalls noch „im Kopf“ beherrscht werden, für größere Gemeinden und gerade auf regionaler Ebene, trotz Fokussierung auf „regionale bedeutsame Potenziale“, ist dies nur mit Hilfe lokaler Akteure und eine technisch unterstützten Übersicht, bewältigbar [VRS 2005].

Daraus ergibt sich der Ansatz, die Übersicht über Siedlungsflächenpotenziale fortschreibungsfähig, dezentral organisiert, dialogorientiert und mit Mehrwert für die Gemeinden zu gestalten. Für die technische Umsetzung der Übersicht bedeutet dies, allgemein verfügbare technische Mittel zu nutzen und möglichst einfache Zugänglichkeit (für die Übersicht notwendigen Akteure, nicht für die Allgemeinheit). Der dialogorientierte Ansatz erfordert darüber hinaus, dass besonderer Wert auf die Vertraulichkeit der Daten gelegt werden muss und für die Nutzung der Plattform auch z.B. Bereiche für Daten geschaffen werden müssen, auf die ausschließlich die Kommune Zugriff hat und je nach Bedarf, auch für Zwecke nutzen kann, die über die Absichten des Projektes hinausgehen.

Für die Erhebung der Potenziale bedeutet dies, dass trotz der dezentralen Organisation der Plattform, direkter Kontakt mit den Verantwortlichen und Planern vor Ort, zumindest für die Ersterhebung, notwendig ist. Dabei ist die Teilnahme von Vertretern der Regionalverbände, bzw. des Kantons wichtig, um dem Termin und auch den Erhebungsergebnissen eine gewisse Verbindlichkeit zu geben, aber auch, um einen informellen Anlass für den Austausch zwischen regionaler Verwaltung und Kommune zu bieten. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass gerade in einem insbesondere auf freiwillige Mitarbeit basierenden Ansatz, die sogenannten „weichen Faktoren“ (soft factors) neben der technischen und organisatorischen Umsetzung eine maßgeblich Rolle für das Gelingen des Vorhabens spielen [ELGENDY WILSKÉ 2006].

Der grundsätzliche Aufbau der Erhebungsplattform und das Vorgehen bei der Erhebung wurde wie schon oben genannt aus dem Projekt MORO-RESIM übernommen und weiterentwickelt. Dies wird im Abschlussbericht zu diesem Projekt ausführlich vertieft [VRS 2005]. Daher soll an dieser Stelle nur auf die Weiterentwicklungen der Methodik im Projekt Raum+ eingegangen werden. Zwei Bereiche konnten dazu als maßgeblich identifiziert werden:

- verstärkte Einbindung kleinerer Gemeinden in die Erhebungen
- Beurteilung der Potenziale bezüglich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten

Eines der Erkenntnisse des Projektes MORO-RESIM war, dass sich an den Erhebungen relativ wenige kleine Gemeinden, gerade auch Gemeinden aus eher ländlich geprägten Regionsteilen beteiligt haben. Daraus ergibt sich für das Projekt Raum+ erstens über die Auswahl der Regionen und zweitens auch der Anpassung der Erhebungsmethodik die Aufgabe, gerade auch Kommunen im ländlichen Raum mit einzubeziehen. In diesen Bereichen werden große Reserven [DAHME 2006] für Innenentwicklung erwartet und es ist bezogen auf Baden-Württemberg, abseits der Entwicklungsachsen, auch als erstes mit Bevölkerungsrückgang aufgrund des demographischen Wandels zu rechnen. Daher ist gerade für die Kommunen des ländlichen Raumes eine verstärkte Konzentration auf eine nachhaltige Entwicklung und die Reduzierung der

Flächeninanspruchnahme, von zunehmender Bedeutung. Dazu wurde die Erhebungsmethode in folgenden Punkten angepasst:

- Erhebung von Potenzialen ab einer Größe von 2000m<sup>2</sup> in kleinen Gemeinden. Im Projekt MORO-RESIM war die Mindestpotenzialsgröße auf 5000m<sup>2</sup> festgelegt. Diese Festlegung war einer der Gründe, mit denen gerade die kleineren Kommunen Ihren Verzicht auf die Teilnahme am Projekt begründeten. Hierbei sei jedoch bemerkt, dass von den 75 Kommunen (darunter auch kleinere Gemeinden) die im Rahmen von MORO-RESIM in der Region Stuttgart untersucht wurden, nur in einer Gemeinde kein Potenzial in dieser Klasse gefunden werden konnte)
- In sehr kleinen Gemeinden wird den Gemeinden das Angebot gemacht, im Rahmen des Erhebungsgepräch auch mit der Erhebung von Baulücken und Leerständen zu beginnen und die kommunalen Vertreter im Gebrauch der Arbeitsplattform einzuführen.
- Integration der Erfassung von Baulücken, entwicklungsbedingten Leerständen und Nachverdichtungspotenzialen in die Arbeitsplattform). Gerade die Erfassung der entwicklungsbedingten Leerstände ist für Kommunen im ländlichen Raum von großem Interesse, da dies erstens für die Ortskerne ein wachsendes Problem darstellt und zweitens der Nachweis dieser Flächen für Förderprogramme für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg gefordert wird.

Für die Umsetzung, beziehungsweise die Einschätzung der Entwicklungsfähigkeit ist, neben den das Potenzial beschreibenden Merkmalen (Name, Nutzung, Planungsstand), auch die Einschätzung notwendig, inwiefern das Potenzial für eine weitere Entwicklung zur Verfügung steht, welche Hindernisse und Vorzüge das Potenzial hat und wie das Potenzial insgesamt unter Berücksichtigung der maßgeblichen Merkmale einzuschätzen ist. Dazu wird zu jedem Potenzial eine sogenannte Lagebeurteilung erstellt, in die unter anderem Altlastensituation und Eigentumsverhältnisse erfasst werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dies im Rahmen der Erhebungsgespräche ohne großen Aufwand möglich ist und verwertbaren Ergebnissen führt. Der derzeitige Projektstand lässt dazu aber noch keine abschließende Bewertung zu.

## 5.2 Kompetenzzentrum Flächenmanagement

Die Erstellung einer Übersicht über Siedlungsflächenpotenziale kann nur ein Baustein, bzw. das Fundament auf dem Weg zu einem nachhaltigen Flächenmanagement sein. Für die konkrete Aktivierung der Flächenpotenziale in den Städten und Gemeinden bedarf es weiterer Anstrengungen, die Entwicklung zu unterstützen oder anzustoßen. Die Übersicht stellt dabei eine materielle Basis dar, auf welcher belastbare quantitative, wie auch qualitative Argumente für die Arbeit auf der Fach- und Sachebene entwickelt werden können. Diese bilden dann die materielle Basis für einen aktiven Wissenstransfer unter den Beteiligten. Aktuelle Anwendungsbeispiele sind die Zuhilfenahme der Ergebnisse seitens der Kommunen für die, von den Genehmigungsbehörden im Rahmen der Flächennutzungsplanung einzufordernden Gesamtflächenbilanzen. Ein weiterer Anwendungsbereich war der Einsatz der Erhebungsergebnisse als eines von mehreren Kriterien im Rahmen von Teilraumgutachten für eine Schieneninfrastrukturausbaumaßnahme. Dabei ist die Feststellung wichtig, dass die Verwendung der Daten immer nur im Einvernehmen mit der Gemeinde geschieht und geschehen kann.

Es stellt sich also die Frage, in welcher Form Fach- und Beratungskompetenz zu bündeln ist, um nachhaltiges Flächenmanagement in den Gemeinden und Regionen zu verankern. Eine weitere ungeklärte Frage ist, was notwendig ist, um die Fortschreibung einer einmal erstellten Übersicht zu organisieren. Hier setzt das Kompetenzzentrum Flächenmanagement angesiedelt beim Verband Region Stuttgart an, welches aktiv die Fortschreibung der dort schon existierenden Übersicht und den Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für die Kommunen der Region organisieren soll. Dabei werden verschiedene Vorgehensweisen bei der Fortschreibung getestet, die Möglichkeiten und Anreize bieten sollen, die Übersicht fortzuschreiben. Als ein aktuelles Beispiel sei eine telefonische Betreuung der Kommune bei der Fortschreibung genannt. Eine weitere Aufgabe des Kompetenzzentrums besteht darin, weitere Kommunen zur Teilnahme an dem Projekt und einer Ersterhebung zu gewinnen.

## 6 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Da sich das Projekt Raum+ derzeit noch in der Bearbeitungsphase befindet, ist es für ein abschließendes Fazit sicherlich noch zu früh. Einige Punkte kristallisieren sich aber schon als Ergebnisse heraus. Der Schritt

hin zu einer überregionalen Übersicht über Innenentwicklungspotenziale und damit auch die Möglichkeit des Austausches zu dem Thema über Grenzen hinweg, ist lohnenswert. Dies wird seitens der regionalen Akteure bestätigt.

Die Akzeptanz in den Kommunen und Regionen ist bislang durchaus positiv und es bestätigen sich hierbei die guten Erfahrungen die im Rahmen des Vorgängerprojektes MORO-RESIM gemacht werden konnten.

Das Thema der entwicklungsbedingten schon existierenden und zukünftigen Leerstände bestätigt sich gerade in den ländlich geprägten kleineren Kommunen als derzeit sehr aktuelles Thema und ist meist schon stärker im Fokus und auf der Agenda der lokalen Verantwortlichen, als es das Thema „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ ist.

Die bisherigen Erhebungen im Kanton Basel-Landschaft bestätigen die Vermutung, dass es nennenswerte Siedlungsflächenpotenziale in den Gemeinden gibt, die mit dem bisherigen Vorgehen der Ermittlung der Bauzonenreserven noch nicht erfasst wurden. Die größeren Kompetenzen einer kantonalen Verwaltung im Vergleich zu denen eines deutschen Regionalverbandes scheinen die Überzeugung der Gemeinden für eine Mitwirkung an dem Projekt einfacher zu gestalten. Gegebenenfalls spielt hier aber auch der Umstand eine Rolle, dass über die auf Schweizer Bundesebene fest verankerte Raubeobachtung und die Erfahrungen der Zusammenarbeit Kanton mit Kommune bei den dazu notwendigen Erhebungen, schon eine eingespielte Zusammenarbeit in diesem Themenbereich existiert.

Über die Kooperation von Ministerien, Regionen und Hochschulen, sowie die Einbindung der Kommunen ist der notwendige Austausch zwischen maßgeblichen Ebenen im Rahmen des Projektes angelegt. Damit besteht auch ein Korrektiv und ständige kritische Hinterfragung der Vorgehensweise und der Ergebnisse. Dies hat sich im Projektverlauf bislang sehr gut bewährt.

Die Ergebnisse des Projektes sollen Ende 2008 vorliegen, weitere Informationen können unter [www.raumplus.info](http://www.raumplus.info) abgerufen werden.

## 7 LITERATURVERZEICHNIS

ARE 1996: Amt für Raumentwicklung, Strategien der Raumordnung Schweiz, 1996

ARE 2007: Amt für Raumentwicklung, <http://www.are.admin.ch/themen/raumplanung/00246/00451/02323/index.html?lang=de>, Abruf April 2007

BL 2004: Amt für Raumplanung des Kantons Basel-Landschaft; ANLEITUNG ZUR ERHEBUNG DER ÜBERSICHT ÜBER DIE ÜBERBAUUNG, DIE ERSCHLIESSUNG UND DIE BAUREIFE NACH ART. 31 RPV, 2004

BL 2007: Amt für Raumplanung des Kantons Basel-Landschaft, <http://www.baselland.ch/docs/bud/arp/daten/ueberbauung/ueberbauung.htm>, Abruf April 2007

BUND 2006.: Deutsche Bundesregierung, Fortschrittsbericht 2004 Perspektiven für Deutschland, 2004

BUND 2006: Deutsche Bundesregierung, Fortschrittsbericht 2004 Perspektiven für Deutschland, 2004

DAHM 2006: Dahm, Susanne; Bau- und Wohnflächenreserven in kleinen Kommunen Baden-Württembergs -

Innenentwicklungspotenziale vor dem Hintergrund einer sich ändernden Bevölkerungsstruktur, Dissertation

EIDG 2006: Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bundesgesetz über die Raumplanung, Artikel 1, 2006

ELGENDY WILSKE 2006: Elgendy, Hany; Wilske, Sebastian: The role of soft-factors in the success of collaborative planning information systems. in: Schenk, Manfred (Hg.): CORP 2006. Sustainable Solutions for the Information Society (Tagungsband).

SCHOLL 2005: Scholl, Bernd in Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Handbuch der Raumordnung, 2005

VRS 2005: Wilske, Sebastian; Scholl, Bernd; Vallée, Dirk; Elgendy, Hany; Seidemann, Dirk; Schön, Ulrich in Verband Region Stuttgart (Hg.): Nachhaltiges Regionales Siedlungsflächenmanagement S.43 ,2005

